

Holst, Elke; Schupp, Jürgen

Article — Digitized Version

Zur Erwerbsorientierung von Frauen nach der deutschen Vereinigung
- Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den
Geschlechtern notwendig

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Holst, Elke; Schupp, Jürgen (1995) : Zur Erwerbsorientierung von Frauen nach der deutschen Vereinigung - Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern notwendig, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 0340-1707, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 64, Iss. 1, pp. 52-71

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/141081>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zur Erwerbsorientierung von Frauen nach der deutschen Vereinigung — Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern notwendig

von Elke Holst und Jürgen Schupp

1. Vorbemerkung

Auch nach der Überwindung der Rezession 1993/94 bleibt die Arbeitslosigkeit in Deutschland das dringendste Problem. In Westdeutschland folgten der Absatzschwäche der Unternehmen Massentlassungen, die — wenn überhaupt — nur bei anhaltend kräftigem Wachstum wieder wettgemacht werden können. In Ostdeutschland scheint die Anpassungskrise zwar nun allmählich überwunden zu sein, sie hat indessen auf dem Arbeitsmarkt erhebliche Spuren hinterlassen. Die Freisetzung von Arbeitskräften hat Frauen und Männer nicht gleichermaßen getroffen, vielmehr gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede, die zudem für Westdeutschland und Ostdeutschland ein differenziertes Bild ergeben.

Dieser Beitrag setzt sich mit den geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt seit der Vereinigung auseinander (1990-1993). These ist, daß trotz der Beschäftigungskrise ein „freiwilliger“ Rückzug der Frauen vom Arbeitsmarkt in Deutschland bislang weder in großem Umfang stattgefunden hat, noch künftig zu erwarten ist. Zur Untermauerung der These wird die bisherige Entwicklung der Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben in beiden Teilen Deutschlands beschrieben und auf deren Erwerbsorientierung eingegangen. Weiterhin werden Anforderungen diskutiert, die an die Arbeitsmarktpolitik vor dem Hintergrund anhaltender Beschäftigungsprobleme gestellt werden. Aufgrund erwarteter zunehmender Ungleichgewichte in der 'Verteilung' von bezahlter und unbezahlter Arbeit in der Gesellschaft wird u.a. eine Neudefinition von Arbeit sowie die forcierte aktive Solidarität zwischen den Geschlechtern für notwendig erachtet.

2. Zur Datenbasis

Der größte Teil der folgenden Überlegungen und Thesen basiert auf Erkenntnissen und Erfahrungen, die am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) aus der Arbeit mit dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) gewonnen wurden; dies stellt eine mikroanalytische Ergänzung

der stärker makro-ökonomischen Analysen des Instituts dar.

Das SOEP ist eine empirische Langzeituntersuchung zur repräsentativen Erfassung und Interpretation des gesellschaftlichen Wandels¹. Die Studie läuft seit 1984 in den alten Bundesländern und konnte — noch vor Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion — im Juni 1990 auf das Gebiet der damaligen DDR ausgedehnt werden². Die Wiederholungsbefragungen finden einmal jährlich, jeweils im Frühjahr, statt.

Die weitgehend sachgleiche Entwicklung der Erhebungsinstrumente und der vergleichbare methodische Ansatz der Stichprobenauswahl erlauben — nach entsprechenden Hochrechnungsschritten — innerdeutsche Vergleiche. Der Stichprobenumfang der Basisbefragung (Ost) wurde groß genug gewählt, um eigenständige Analysen zum Entwicklungsprozeß von Personen und Haushalten in den neuen Bundesländern durchführen zu können. Den Analysen liegen die Daten der ersten vier Befragungswellen in Ostdeutschland sowie die zeitgleichen Daten der Wellen 7 bis 10 in Westdeutschland zugrunde. Somit kann die Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands zwischen Juni 1990 und Frühjahr 1993 empirisch näher beleuchtet werden.

3. Arbeitsmarktsituation in Ost- und Westdeutschland

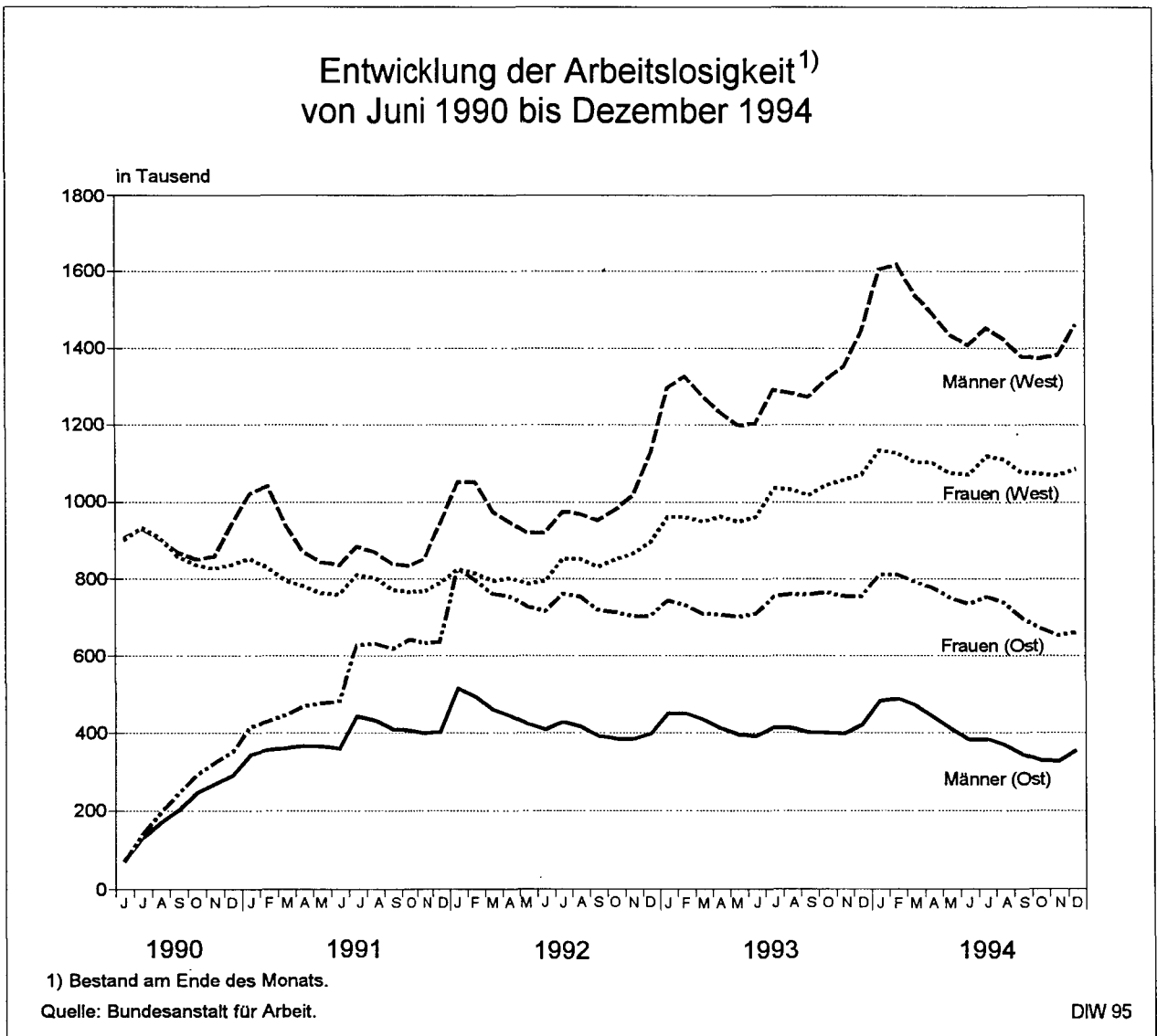
3.1 Verlauf der Arbeitslosigkeit im Querschnitt

Seit der Vereinigung beider Teile Deutschlands stellen Frauen den größten Teil der Arbeitslosen in Ostdeutschland. Abbildung 1 verdeutlicht den diskontinuierlichen Aufbau der Arbeitslosigkeit. Hier fallen zwei Entwicklungen

¹ Vgl. hierzu auch Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel (1995), sowie Wagner et al. (1994).

² Vgl. zu Konzept und Methode der Studie Schupp, Wagner (1991).

Abbildung 1



besonders auf: Erstens der sprunghafte, erhebliche Anstieg der Arbeitslosigkeit von Juni auf Juli 1991; er beruhte zu einem Großteil auf den zum 30. Juni 1991 ausgelaufenen Rationalisierungsschutzabkommen im Bereich der Metall- und Elektroindustrie sowie auf beendeten Warteschleifen im öffentlichen Dienst. Zweitens die große Zunahme der Arbeitslosigkeit vom Dezember 1991 auf Januar 1992; diese war neben saisonalen Gründen auch auf das Auslaufen der Kurzarbeiter-Sonderregelung nach § 63 Abs. 5 AFG-DDR zum 31.12.1991 zurückzuführen. Diese beiden Schübe verfestigten das Bild zu Ungunsten der Frauen, sie stellen seitdem etwa zwei Drittel der Arbeitslosen. Im Dezember 1994 lag ihre Arbeitslosenquote schließlich mit 19,2 vH annähernd doppelt so hoch wie die der Männer (9,6 vH). Diese Entwicklung spiegelt sich auch in Abbildung 2 wider. Diese — auf den Daten des SOEP basierende Darstellung — macht deutlich, daß sich die Frauen in Ostdeutschland nach dem unfreiwilligen Verlust

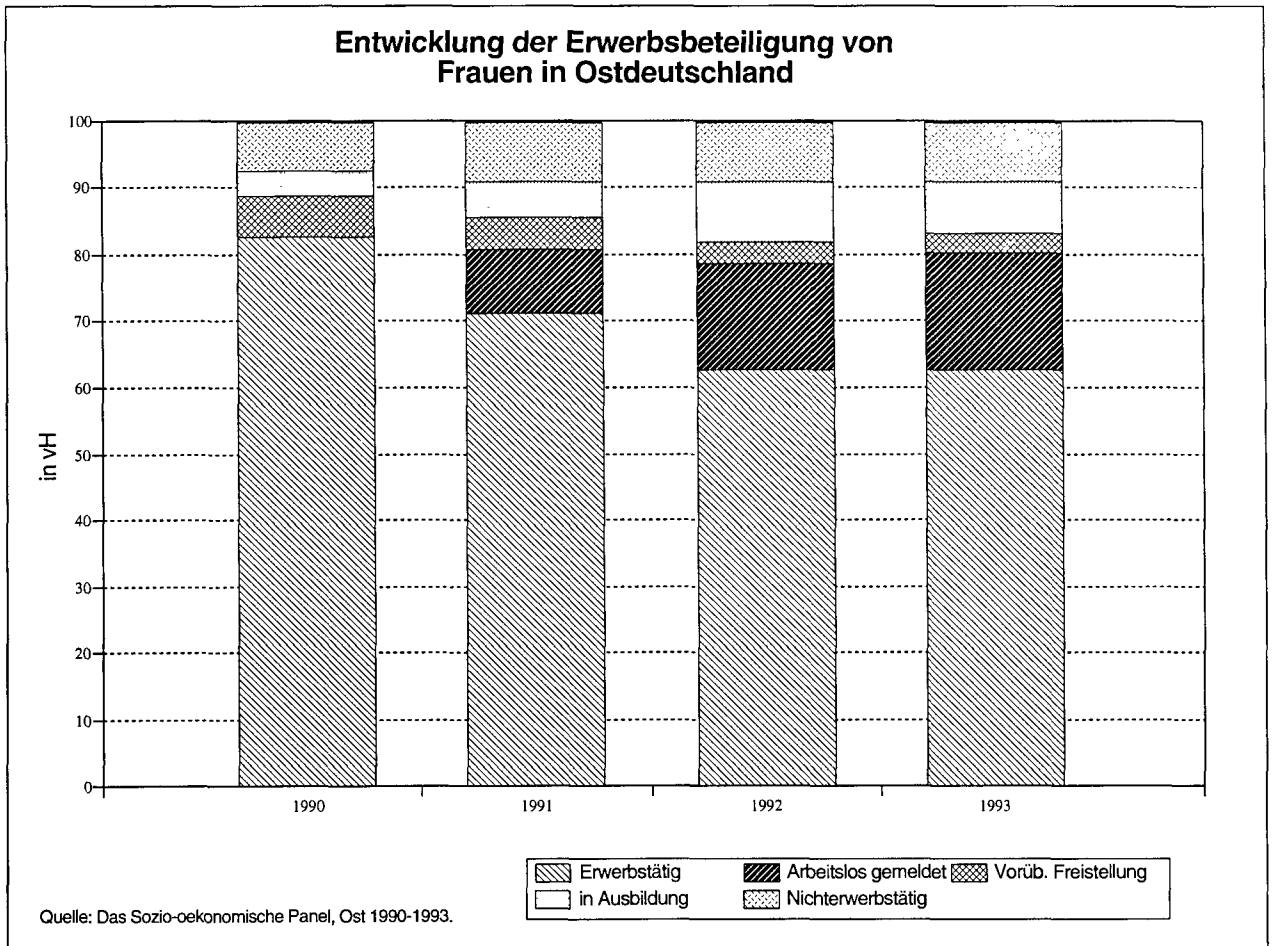
der Beschäftigung arbeitslos meldeten bzw. in Bildungsmaßnahmen eintraten. Der Anteil nichterwerbstätiger „Nur“-Hausfrauen blieb seit 1991 nahezu konstant, d.h. es kam nicht zu einem massiven „freiwilligen“ Rückzug vom Arbeitsmarkt.

In Westdeutschland lag der Anteil Arbeitsloser im Dezember 1994 bei Frauen und Männern mit rund 9 vH gleich hoch. Von allen arbeitslos Gemeldeten waren 42 vH Frauen. Männer profitierten zwar ebenfalls mehr von einem Abbau der Arbeitslosigkeit, sie waren aber aufgrund der Rezession im industriellen Bereich stärker vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen³. Auch in Westdeutschland erhöhte sich der Anteil der Frauen, die sich in Ausbildung befanden sowie der Anteil arbeitsloser Frauen. Entsprechend sank der Anteil der „Nur“-Hausfrauen⁴.

³ Vgl. Holst, Schupp (1994a).

⁴ Vgl. hierzu auch Holst, Schupp (1993).

Abbildung 2a



3.2 Dynamik am Arbeitsmarkt

In der dynamischen Betrachtung des ost- und westdeutschen Arbeitsmarktes wird noch einmal die unterschiedliche geschlechtsspezifische Betroffenheit deutlich (Tabelle 1). Für Ostdeutschland werden die Jahresperioden⁵ 1990/91, 1991/92 und 1992/93, für Westdeutschland die Periode 1992/93 jeweils im Längsschnitt ausgewiesen.

In allen Beobachtungszeiträumen lag in Ostdeutschland der Zugang in Erwerbsarbeit bei den Frauen über dem der Männer. Diese Entwicklung wurde jedoch in den beiden ersten Perioden überlagert von den weitaus größeren Anteilen von Frauen, die ihre Erwerbsarbeit verloren („Abgang aus Erwerbstätigkeit“). Frauen wurden deshalb nicht nur häufiger arbeitslos, sie verblieben auch mit steigender Tendenz länger in der Arbeitslosigkeit als Männer. Erwerbstätige Frauen waren im beobachteten Zeitraum zudem weniger häufig durchgängig erwerbstätig als Männer; sie pendelten auch weniger in die alten Bundesländer, um regionale Arbeitsmarktprobleme zu überwinden. Der Anteil der Frauen, die innerhalb der Untersuchungsperioden überhaupt einmal erwerbstätig waren, sank von 85 vH in der Periode 1990/91 auf 71 vH in der Periode 1992/93. Die

im SOEP befragten Frauen in Ostdeutschland zogen sich jedoch seit der Jahresperiode 1991/92 in geringerem Umfang als die Männer völlig vom Arbeitsmarkt zurück⁶. Erstmals in der Periode 1992/93 nahmen etwas mehr Frauen eine Erwerbstätigkeit auf als arbeitslos wurden.

Die Langzeitarbeitslosigkeit stellte für die Frauen ein immer größeres Problem als für die Männer dar. In Periode III waren schließlich 9 vH der Frauen dauerhaft arbeitslos (Männer: 4 vH). Insgesamt waren 1992/93 ein Viertel (26 vH) der Frauen in Ostdeutschland dauerhaft ohne eine Erwerbsarbeit; bei den Männern lag der Anteil nur bei einem Achtel (13 vH). Vollständig zurückgezogen vom Arbeitsmarkt („Nur“-Hausfrau)⁷ hatte sich hiervon jeweils die Hälfte; die andere Hälfte wurde arbeitslos oder befand

⁵ Die Jahresperioden umfassen durchschnittlich zwölf Monate.

⁶ In Tabelle 1 „sonstige Nichterwerbstätige“ unter Abgang aus Erwerbstätigkeit; also nichtregistrierte Erwerbslose, die sich nicht im Erziehungsurlaub oder in Ausbildung bzw. einer Bildungsmaßnahme befinden.

⁷ Als „Nur“-Hausfrauen bzw. -männer werden hier nichtregistrierte Erwerbslose bezeichnet, die sich nicht im Erziehungsurlaub oder in Ausbildung oder einer Bildungsmaßnahme befinden.

Tabelle 1

Dynamik am ostdeutschen Arbeitsmarkt und geschlechtsspezifische Betroffenheiten
Vergleich dreier Jahres-Längsschnittbetrachtungen¹⁾

	Ostdeutschland						Westdeutschland	
	Periode I		Periode II		Periode III		Periode III	
	Juni 1990 bis März/April 1991		März/April 1991 bis März/April 1992		März/April 1992 bis März/April 1993		März/April 1992 bis März/April 1993	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	insg.	insg.	insg.	insg.	insg.	insg.	insg.	insg.
Fallzahlen	1 797	1 754	1 665	1 668	1 665	1 668	1 665	1 668
Hochgerechnet in 1 000	5 009	4 914	4 608	4 598	4 119	4 363	18 700	18 591
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
	in vH							
Am Anfang und/oder Ende der jeweils betrachteten Zeitperiode erwerbstätig	92,9	84,5	87,9	76,4	84,9	71,1	86,8	63,4
Durchgängig erwerbstätig	75,8	64,4	66,8	55,4	63,7	50,8	77,3	55,3
— ohne Änderung	56,9	48,7	46,9	39,5	48,9	40,5	68,1	46,9
— mit Änderung	18,9	15,7	19,9	15,9	14,8	10,3	9,2	8,4
Zugang in Erwerbstätigkeit	2,1	5,0	3,5	5,6	6,7	8,8	3,9	3,7
— in betriebl. Ausbildung/Lehre	1,1	0,8	0,1	0,5	1,1	1,8	1,0	1,3
— sonstige	1,0	4,2	3,4	5,1	5,6	7,0	2,9	2,4
Westpendler	5,5	1,1	6,3	1,5	5,8	2,6	1,1	0,1
Abgang aus Erwerbstätigkeit	9,5	14,0	11,3	13,9	8,7	8,9	4,5	4,3
— in (Weiter-)Bildungsmaßnahme	0,4	0,5	0,5	1,0	0,9	0,9	0,7	0,6
— in Mütterjahr/Elternurlaub	0,0	2,4	0,0	0,5	0,0	0,9	0,0	1,8
— in Arbeitslosigkeit	6,3	8,8	7,8	11,4	6,3	7,4	3,2	1,5
— sonstige Nichterwerbstätigkeit	3,2	5,2	3,5	2,5	2,4	1,5	1,3	2,8
Nichterwerbstätig	5,8	14,3	10,3	21,8	14,2	27,9	13,0	36,5
— mit phasenweiser Erwerbstätigkeit	1,1	3,3	1,5	3,5	1,3	1,6	1,2	1,1
— in Arbeitslosigkeit	0,6	1,2	0,9	2,5	1,1	1,3	0,5	0,4
— sonstige	0,5	2,1	0,6	1,0	0,2	0,3	0,7	0,7
— konstant nichterwerbstätig	4,7	11,0	8,8	18,3	12,9	26,3	11,8	35,4
— nichterwerbstätig, aber in Bildungsmaßnahme	1,8	1,6	1,6	1,8	1,7	1,9	4,4	3,7
— dauerarbeitslos	0,0	0,0	2,6	4,6	4,1	9,2	1,8	1,2
— Wechsel Nichterwerbstätigkeit in Arbeitslosigkeit	0,5	1,2	0,3	1,4	0,6	1,5	0,6	0,5
— sonstige (einschl. Nur Hausfrau/-mann)	2,4	8,2	4,3	10,5	6,5	13,7	5,0	30,0
Umzug nach Westdeutschland/ West-Berlin	1,3	1,2	1,8	1,8	0,9	1,0	0,2	0,1

¹⁾ im Alter 16-59 Jahre
Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel, (Ost) 1990-1993; (West) 1992-1993.

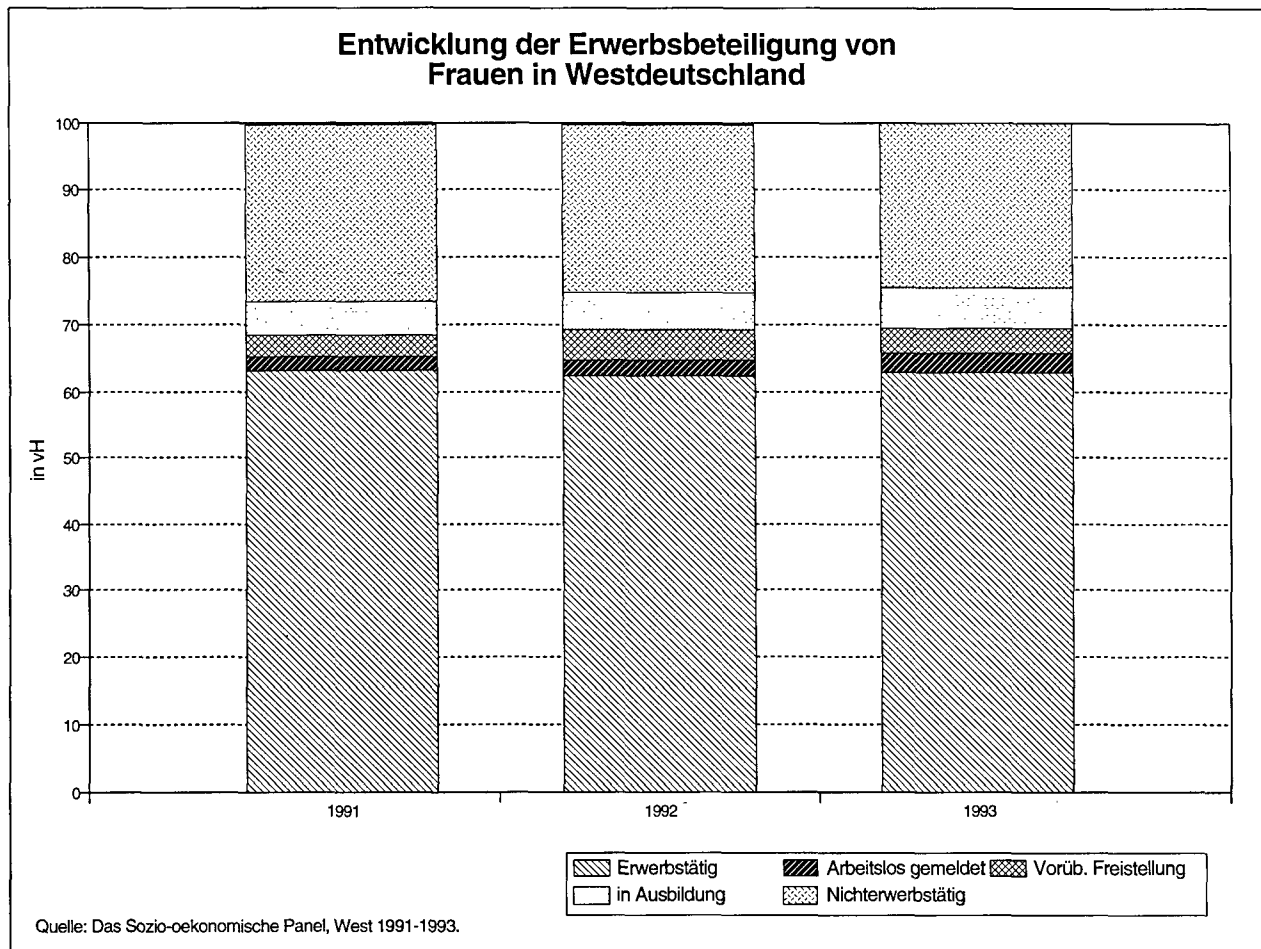
sich in einer Bildungsmaßnahme. Der im Zeitablauf erhebliche Anstieg des Anteils dauerhaft nichterwerbstätiger „Nur“-Hausfrauen von 8 vH im Zeitraum 1990/91 auf 14 vH im Zeitraum 1992/93 und -Männer^a (1990/91 2 vH, 1992/93 7 vH) ist vor allem durch den Rückzug älterer Erwerbstätiger vom Arbeitsmarkt (Inanspruchnahme von Vorruhestandsregelungen) zu erklären. So waren 71 vH dieser

Frauen älter als 55 Jahre; nur 16 vH waren jünger als 50 Jahre (Abbildung 3).

In Westdeutschland war erwartungsgemäß im Frühjahr 1993 ein weit größerer Teil der Beschäftigten durchgängig

^a In Tabelle 1 die Kategorie „Sonstige“ in der Gruppe der konstant Nichterwerbstätigen.

Abbildung 2b



und in stabilen Beschäftigungsverhältnissen erwerbstätig als in Ostdeutschland. Der Anteil der durchgängig nichterwerbstätigen „Nur“-Hausfrauen lag wesentlich höher als in Ostdeutschland. Weiterhin nahmen die im SOEP befragten westdeutschen Frauen auch häufiger den Erziehungsurlaub in Anspruch und zogen sich (vorübergehend) vom Arbeitsmarkt zurück („Nur“-Hausfrauen)⁹.

Exkurs: Arbeitslosigkeit und deren Auswirkungen auf die Erwerbskonstellation von Paarhaushalten in Ostdeutschland

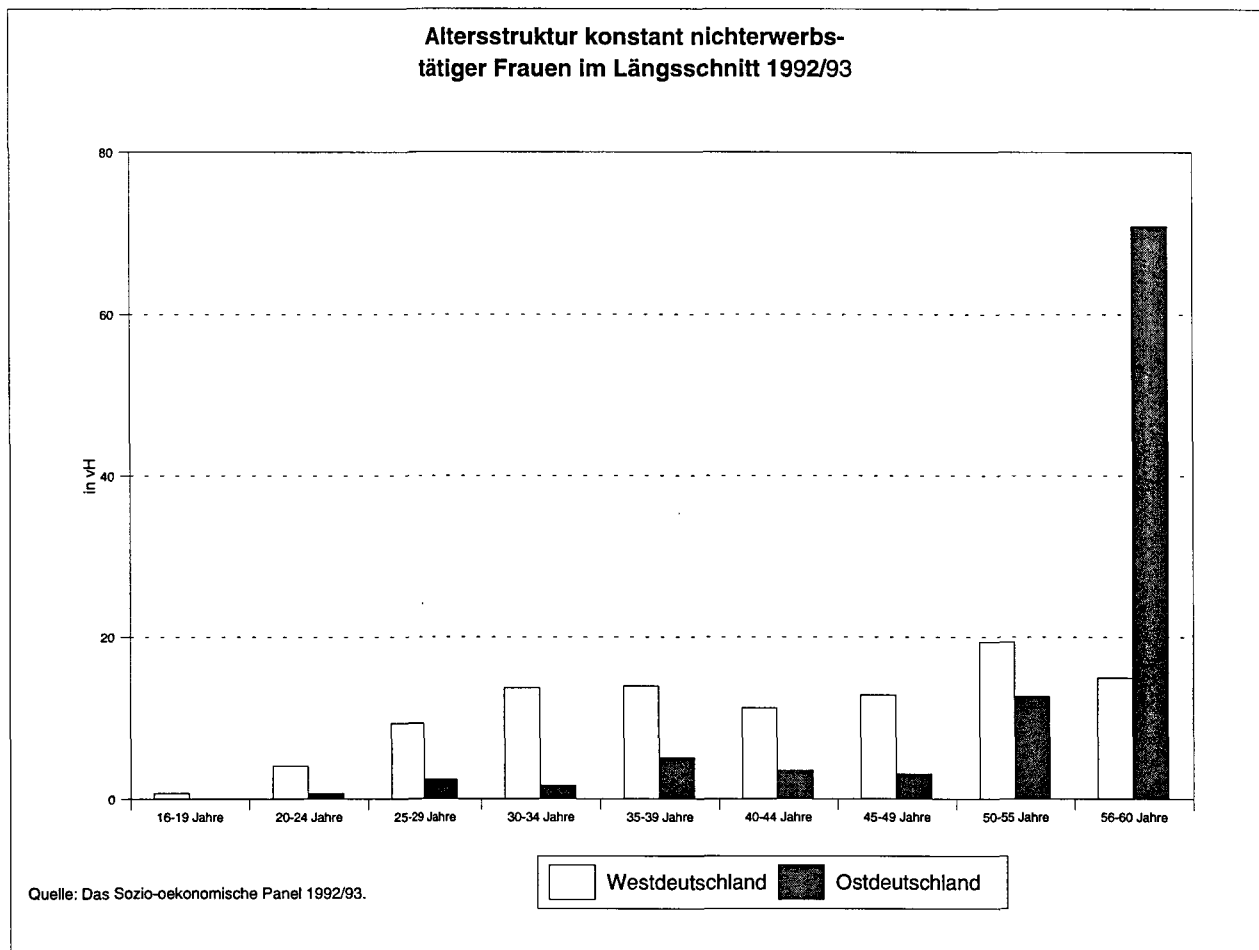
In Ostdeutschland waren 1990 noch in gut vier Fünfteln aller Paarhaushalte beide Partner erwerbstätig; 1993 reduzierte sich dieser Anteil auf drei Fünftel (vgl. Tabelle 2). Vor allem ältere Paare waren hiervon betroffen¹⁰. Da insbesondere ältere Frauen in der DDR im Übergang in den Ruhestand eine Teilzeitbeschäftigung ausübten, sank mit ihrem Ausscheiden auch der Anteil der Haushalte, in denen die Partnerin in Teilzeit beschäftigt war. Insgesamt war der Anstieg der Zahl von Paarhaushalten mit einem Alleinverdiener erheblich höher als bei Haushalten mit einer Alleinverdienerin.

Während in Ostdeutschland traditionellere Erwerbskonstellationen in Paarhaushalten aufgrund veränderter Rahmenbedingungen zunächst an Gewicht gewinnen, verläuft die Entwicklung in Westdeutschland umgekehrt. Ausgehend von einem niedrigeren Niveau im Vergleich zu Ostdeutschland stieg die Zahl der Paarhaushalte mit zwei erwerbstätigen Partnern leicht an (1990: 50 vH, 1993: 52 vH). Im Jahr 1993 war in 40 vH der Paarhaushalte (Ost: 24 vH) nur der Mann erwerbstätig (1990: 43 vH). Wie die Entwicklung bzw. Annäherung in beiden Teilen Deutschlands künftig verlaufen wird, ist nicht zuletzt von der langfristigen Erwerbsorientierung der Frauen, von der finanziellen Notwendigkeit der Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie von den Möglichkeiten der Realisierung der Erwerbswünsche und damit von der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt abhängig. Hierauf soll später noch eingegangen werden.

⁹ So lautet die These der Bundesanstalt für Arbeit, daß sich im Westen immer mehr Frauen in die Stille Reserve zurückziehen und deshalb der Arbeitslosenbestand an Frauen im vergangenen Jahr weniger als der der Männer gestiegen sei. Vgl. Autorengemeinschaft (1993, S. 456).

¹⁰ Vgl. Holst (1993, S. 53-73).

Abbildung 3



3.3 Einschätzung der eigenen Arbeitsplatzsicherheit und Realitätsnähe der Einschätzung

Die schwierige Arbeitsmarktsituation spiegelt sich auch in den Ängsten der Beschäftigten. In Ostdeutschland erwarteten Erwerbstätige im Frühjahr 1993 nach wie vor in weit höherem Umfang als westdeutsche Beschäftigte, ihren Arbeitsplatz zu verlieren (Tabelle 3). Während in Ostdeutschland diese Ängste seit 1990 langsam abnahmen, wuchs in Westdeutschland im gleichen Zeitraum die Furcht vor dem Arbeitsplatzverlust.

Frauen in Ostdeutschland fühlen sich — zu Recht — häufiger von einem Arbeitsplatzverlust bedroht als Männer. In Westdeutschland ist dies bislang nicht der Fall¹¹. Insgesamt sahen sich im Frühjahr 1993 über ein Drittel der ostdeutschen Frauen (36 vH, davon 20 vH arbeitslos) und mehr als ein Viertel der ostdeutschen Männer (26 vH, davon 12 vH arbeitslos) im erwerbsfähigen Alter mit einem (tatsächlichen oder möglichen) Arbeitsplatzverlust konfrontiert; in Westdeutschland waren dies zu diesem Zeitpunkt „nur“ reichlich 8 vH der Frauen (davon 4 vH arbeitslos) und gut 12 vH der Männer (davon 6 vH arbeitslos).

Tatsächlich herrschte in Westdeutschland im Frühjahr 1993 noch für das Gros der Beschäftigten die Überzeugung vor, einen weitgehend sicheren Arbeitsplatz zu besitzen. Im Unterschied zu Ostdeutschland stieg hier mit zunehmendem Alter die subjektiv wahrgenommene Arbeitsplatzsicherheit. Besonders deutlich wird dies bei den Männern: Untersucht man die Altersgruppen 16-34 Jahre, 35-49 Jahre und 50-59 Jahre, so zeigt sich, daß in Westdeutschland im Frühjahr 1993 der Anteil derjenigen, die erwarten, sicher ihren Arbeitsplatz zu erhalten, in der jüngsten Altersgruppe bei 31 vH lag, in der mittleren bei 41 vH und in der höchsten Altersgruppe bei 45 vH; in Ostdeutschland nahmen dagegen die entsprechenden Anteile von 20 vH über 17 vH auf 8 vH ab (Frauen West: 27 vH, 33 vH, 34 vH; Ost: 11 vH, 10 vH, 5 vH).

Das derart hohe Vertrauen in die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes überrascht, da schon im Frühjahr 1993 in den Schlagzeilen der Tagespresse düstere Arbeitsmarkt-

¹¹ Dies ist u.a. auf den in Westdeutschland höheren Anteil nicht-erwerbstätiger Frauen sowie auf die unterproportionale Beschäftigung von Frauen im bislang vor allem vom Beschäftigungsverlust betroffenen verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen.

Tabelle 2

Strukturentwicklung der Erwerbstätigkeit in Paarhaushalten¹⁾

	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	1990	1991	1992	1993	1990	1991	1992	1993
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Von allen Paarhaushalten waren								
Beide erwerbstätig	82,5	69,4	57,8	59,1	49,8	53,0	52,5	52,0
davon:								
— Partnerin in Vollzeit	60,2	56,2	47,3	46,2	21,2	20,9	21,4	22,0
— Partnerin in Teilzeit	22,3	13,2	10,5	12,9	28,6	32,1	31,1	30,0
Nur Mann erwerbstätig	14,0	20,9	26,3	23,6	43,1	40,8	40,8	39,9
davon:								
— Partnerin arbeitslos	—	—	—	15,2	—	—	—	1,7
Mann nichterwerbstätig	3,5	9,7	15,9	17,3	7,1	6,2	6,7	8,1
davon:								
— Partnerin in Vollzeit	1,5	4,8	6,6	8,1	2,3	2,8	3,2	2,8
— Partnerin in Teilzeit	0,7	1,3	0,9	1,0	2,0	1,0	1,1	2,4
— Partnerin auch nichterwerbstätig	1,3	3,6	8,4	8,2	2,8	2,4	2,4	2,9
darunter: Arbeitslos gemeldet	—	—	—	4,4	—	—	—	0,2

¹⁾ Im Alter von 16 bis 59 Jahren.
Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel, 1990-1993.

perspektiven für Westdeutschland gezeichnet wurden. Die Tendenz, daß in Westdeutschland mit steigendem Alter eine höhere subjektive Arbeitsplatzsicherheit festgestellt werden kann, gibt einen Hinweis darauf, daß sich eine stärkere Segregation der Beschäftigten in Stammebelegschaften mit verhältnismäßig sicheren Arbeitsplätzen und Randbelegschaften mit im Vergleich dazu unsicheren bzw. befristeten Arbeitsplätzen herausgebildet hat. Dabei haben diejenigen, die eine Erwerbsarbeit entweder neu oder erneut aufnehmen, ein höheres Risiko zu tragen, in die Randgruppe zu gelangen, als jene, die bereits erwerbstätig sind. Diesem Risiko sind vor allem Jüngere, die ins Berufsleben eintreten sowie Frauen ausgesetzt, die im Vergleich zu Männern häufiger Erwerbsunterbrechungen aufweisen.

Daß die subjektiven Erwartungen bezüglich des Arbeitsplatzverlustes durchaus realistisch sind, zeigt Tabelle 4. Von jenen Erwerbstätigen in Ostdeutschland, die 1990 meinten, ihren Arbeitsplatz ganz sicher zu verlieren, waren knapp neun von zehn Frauen und Männern ein Jahr später entweder an anderer Stelle beschäftigt oder aber nicht mehr erwerbstätig. Daß die subjektiven Erwartungen auch in den Folgejahren sehr häufig zutreffen, zeigt der konstant hohe Assoziationskoeffizient Cramer's V^{12} .

3.4 Ursachen des Ausscheidens aus einer Beschäftigung und Einschätzung der Arbeitsbedingungen am neuen Arbeitsplatz

Die Ursachen des Ausscheidens aus einer Stelle können entscheidend für eine Wiederbeschäftigung und damit das

weitere Fortkommen im Erwerbsleben sein. Von besonderer Bedeutung für eine erneute Beschäftigung ist sicherlich, ob eine Kündigung ausgesprochen oder selbst gekündigt wurde. Im Jahr 1993 lagen in Ostdeutschland die Gründe für ein Ausscheiden aus einer Stelle (vgl. Tabelle 5) zum großen Teil in der Kündigung des Arbeitgebers (Frauen 28 vH, Männer 27 vH), in der Stilllegung des Betriebes (Frauen 25 vH, Männer 22 vH), aber auch noch in recht erheblichem Umfang in der eigenen Kündigung (Frauen 14 vH, Männer 22 vH). Weiterhin spielten befristete Arbeitsverhältnisse eine nicht zu vernachlässigende Rolle (Frauen 9 vH, Männer 13 vH) — im Westen dominierte dagegen als Ursache für das Ausscheiden aus der letzten Stelle die eigene Kündigung (Frauen 41 vH, Männer 47 vH); bei den Frauen fällt hier der Erziehungsurlaub noch ins Gewicht (24 vH, Männer 6 vH). Insgesamt lösen Männer häufiger als Frauen ihr Arbeitsverhältnis aus eigener Initiative auf.

Zumeist ist mit einem Beschäftigungswechsel eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen verbunden. Dies gilt sowohl in Ost- wie in Westdeutschland. Aufgrund des hohen Anteils unfreiwilliger Beschäftigungsverluste und dem Druck, auch Nachteile in Kauf zu nehmen, um überhaupt erwerbstätig zu sein, war in Ostdeutschland ein

¹² Dieser auf Chi-Quadrat beruhende Assoziationskoeffizient läßt sich Tabelle 4 anwenden. Im Falle statistischer Unabhängigkeit zwischen 'Erwartung' und tatsächlicher beruflicher Veränderung hat der Koeffizient den Wert 0 (vgl. zu statistischen Details beispielsweise Benninghaus (1991, S. 216 ff).

Tabelle 3

**Anteil Arbeitsloser und Erwartung eines Arbeitsplatzverlustes nach Altersgruppen
in vH**

	Insgesamt ¹⁾			16 bis 34 Jahre			35 bis 49 Jahre			50 bis 59 Jahre				
	1990	1991	1992	1990	1991	1992	1990	1991	1992	1990	1991	1992	1993	
Ostdeutschland														
Frauen														
Arbeitslos gemeldet	0,0	11,3	19,9	0,0	12,2	18,6	0,0	9,5	19,9	20,3	0,0	12,0	22,0	24,5
Arbeitsplatzverlust sicher	6,3	11,0	6,4	4,9	10,1	4,9	5,1	6,4	13,3	7,6	8,9	9,6	7,3	4,6
Arbeitsplatzverlust wahrscheinlich	34,1	26,1	14,9	30,9	24,1	13,9	10,8	39,1	29,8	17,7	33,6	24,8	13,3	10,5
Ganz sicher kein Arbeitsplatzverlust	9,4	5,6	9,1	7,4	5,9	10,6	11,1	11,9	7,0	9,9	9,7	3,5	5,8	5,3
<i>Nachrichtlich: Erwerbstätige insgesamt</i>	82,7	70,8	62,0	74,5	66,0	60,2	62,8	95,4	87,4	77,2	81,3	58,2	47,0	44,9
Männer														
Arbeitslos gemeldet	0,0	7,3	12,3	0,0	7,6	12,4	8,5	0,0	5,2	9,4	0,0	9,5	15,5	19,0
Arbeitsplatzverlust sicher	4,9	9,5	6,5	4,3	8,5	6,0	3,0	5,1	10,7	5,1	6,1	9,7	9,1	6,3
Arbeitsplatzverlust wahrscheinlich	32,5	25,5	13,0	30,3	21,0	11,0	8,4	31,7	26,5	13,9	38,1	32,7	15,4	12,1
Ganz sicher kein Arbeitsplatzverlust	13,2	8,9	13,3	12,5	10,6	14,2	20,4	14,2	9,8	16,0	13,4	4,4	8,2	8,0
<i>Nachrichtlich: Erwerbstätige insgesamt</i>	91,9	84,7	77,8	87,9	80,4	76,8	77,2	97,9	93,4	87,7	92,4	81,1	66,8	62,2
Westdeutschland														
Frauen														
Arbeitslos gemeldet	2,4	0,7	3,5	3,1	3,1	4,3	4,3	1,5	1,5	1,7	2,5	0,4	0,5	4,5
Arbeitsplatzverlust sicher	0,7	0,7	0,7	1,0	1,0	0,9	0,9	0,6	0,6	0,8	0,7	0,7	0,7	4,1
Arbeitsplatzverlust wahrscheinlich	1,8	1,8	3,5	2,1	2,1	2,7	2,7	2,2	2,2	4,1	32,5	34,9	33,8	33,8
Ganz sicher kein Arbeitsplatzverlust	32,7	32,7	30,7	30,2	30,2	27,4	27,4	34,2	34,2	66,8	66,8	54,0	54,8	54,8
<i>Nachrichtlich: Erwerbstätige insgesamt</i>	62,0	62,0	61,7	64,6	64,6	61,4	61,4	64,5	64,5	91,8	91,8	86,7	86,7	84,2
Männer														
Arbeitslos gemeldet	3,2	1,3	5,9	3,0	3,0	5,4	5,4	3,4	3,4	6,0	3,1	3,1	6,4	6,4
Arbeitsplatzverlust sicher	1,3	1,3	2,3	2,3	2,3	2,6	2,6	0,5	0,5	2,2	0,7	0,7	2,0	2,0
Arbeitsplatzverlust wahrscheinlich	2,1	2,1	4,1	2,0	2,0	4,0	4,0	2,8	2,8	4,9	1,3	1,3	3,2	3,2
Ganz sicher kein Arbeitsplatzverlust	45,8	45,8	37,6	39,1	39,1	30,8	30,8	51,4	51,4	41,0	51,4	51,4	45,2	45,2
<i>Nachrichtlich: Erwerbstätige insgesamt</i>	84,8	84,8	82,7	76,6	76,6	74,7	74,7	95,3	95,3	91,8	86,7	86,7	84,2	84,2

¹⁾ Im Alter von 16 bis 59 Jahren.

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel, Querschnittsdatensätze 1990-1993.

Tabelle 4

Erwarteter Arbeitsplatzverlust und nach einem Jahr tatsächlich eingetretene berufliche Veränderungen für Männer und Frauen in Ostdeutschland

	Folgeperiode — 1 Jahr danach							
	Männer ¹⁾				Frauen ¹⁾			
	Ins- gesamt	Tatsächliche Veränderung im nächsten Jahr			Ins- gesamt	Tatsächliche Veränderung im nächsten Jahr		
keine berufliche Veränderung		mit beruflicher Änderung	Abgang aus Erwerbs- tätigkeit	keine berufliche Veränderung		mit beruflicher Veränderung	Abgang aus Erwerbs- tätigkeit	
Juni 1990	in vH (senkrecht)	in vH (waagrecht)			in vH (senkrecht)	in vH (waagrecht)		
Erwerbstätige insgesamt	100,0	47,3	43,2	9,5	100,0	44,9	34,5	20,5
Erwerbstätige und deren Erwartung, den Arbeits- platz zu verlieren								
— ganz sicher nicht	14,3	62,0	32,4	5,6	11,0	58,5	22,9	18,6
— eher unwahrscheinlich	45,9	54,1	40,0	5,9	39,5	59,4	29,7	11,0
— wahrscheinlich	33,7	37,6	50,3	12,1	41,5	35,6	40,9	23,5
— ganz sicher	6,0	14,3	54,0	31,7	7,9	12,3	46,0	41,7
Cramer's V								
— für 1990/1991	0,206			0,226				
— für 1991/1992	0,229			0,277				
— für 1992/1993	0,219			0,237				

¹⁾ Im Alter 16-59 Jahre.
Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel, (Ost) 1990-1993.

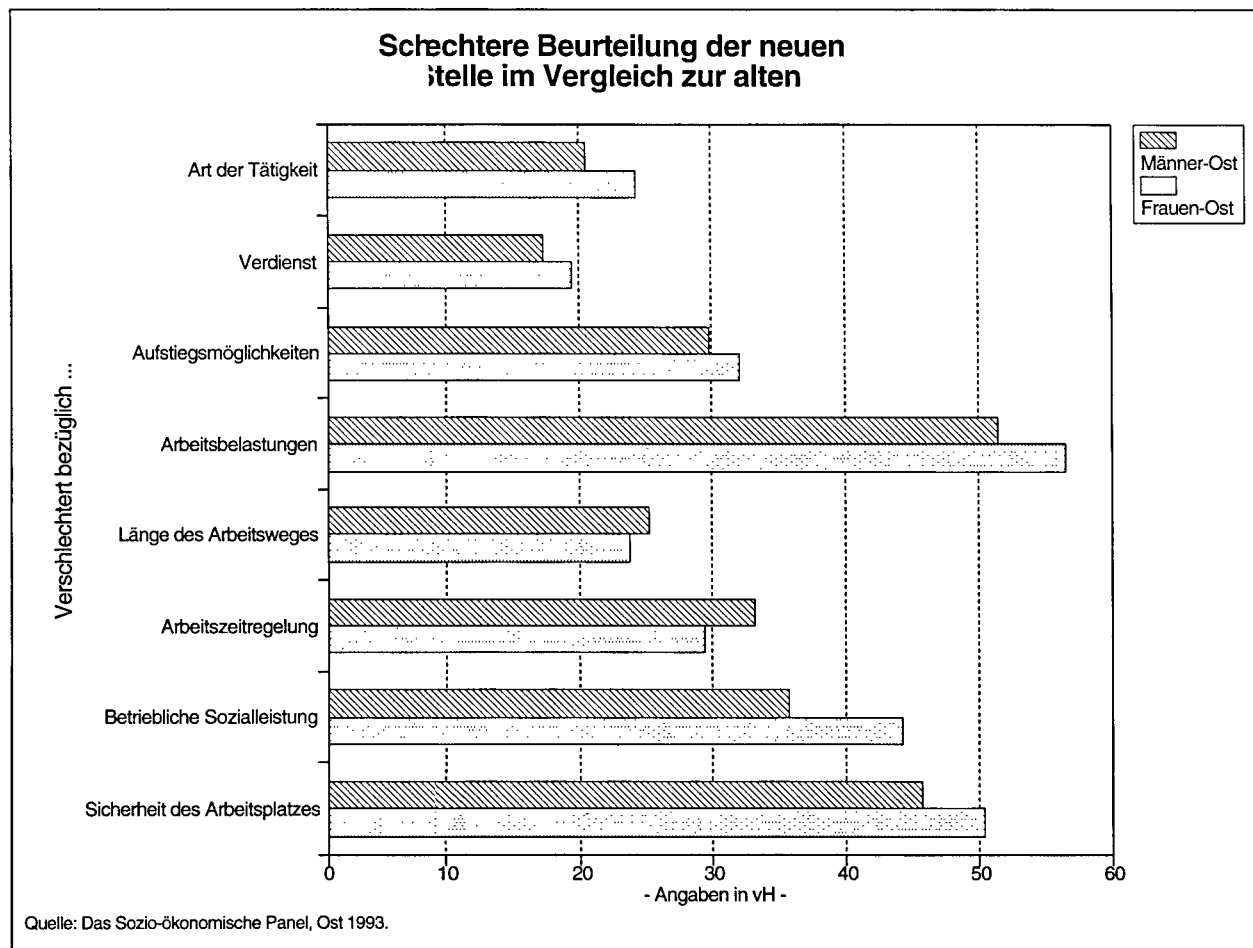
Tabelle 5

**Art der Beendigung der letzten Stelle
in vH**

	Ost — 1993		West — 1993	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Lediglich beurlaubt	8,6	2,2	24,0	5,6
Aufgabe des eigenen Geschäfts	0,4	1,3	1,3	1,3
Versetzung auf andere Stelle im Betrieb	1,7	0,4	0,1	0,6
Eigener Wunsch für innerbetr. Versetzung	0,0	0,4	0,1	0,1
Eigene Kündigung/Auflösung der Beschäftigung	13,5	22,1	41,3	46,7
Kündigung durch Arbeitgeber	28,2	26,9	10,1	13,6
Ende eines Ausbildungsverhältnisses	4,5	1,6	4,4	6,0
Befristetes Arbeitsverhältnis war beendet	9,4	12,7	4,6	6,0
Vorruhestand in Anspruch genommen	6,8	9,1	0,4	1,9
Rente/Pension	0,1	0,3	0,8	2,1
Betriebsstillegung/Auflösung der Dienststelle	25,4	22,0	5,3	6,3
Sonstiges	1,4	1,0	7,6	9,8
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel, 1993.

Abbildung 4a

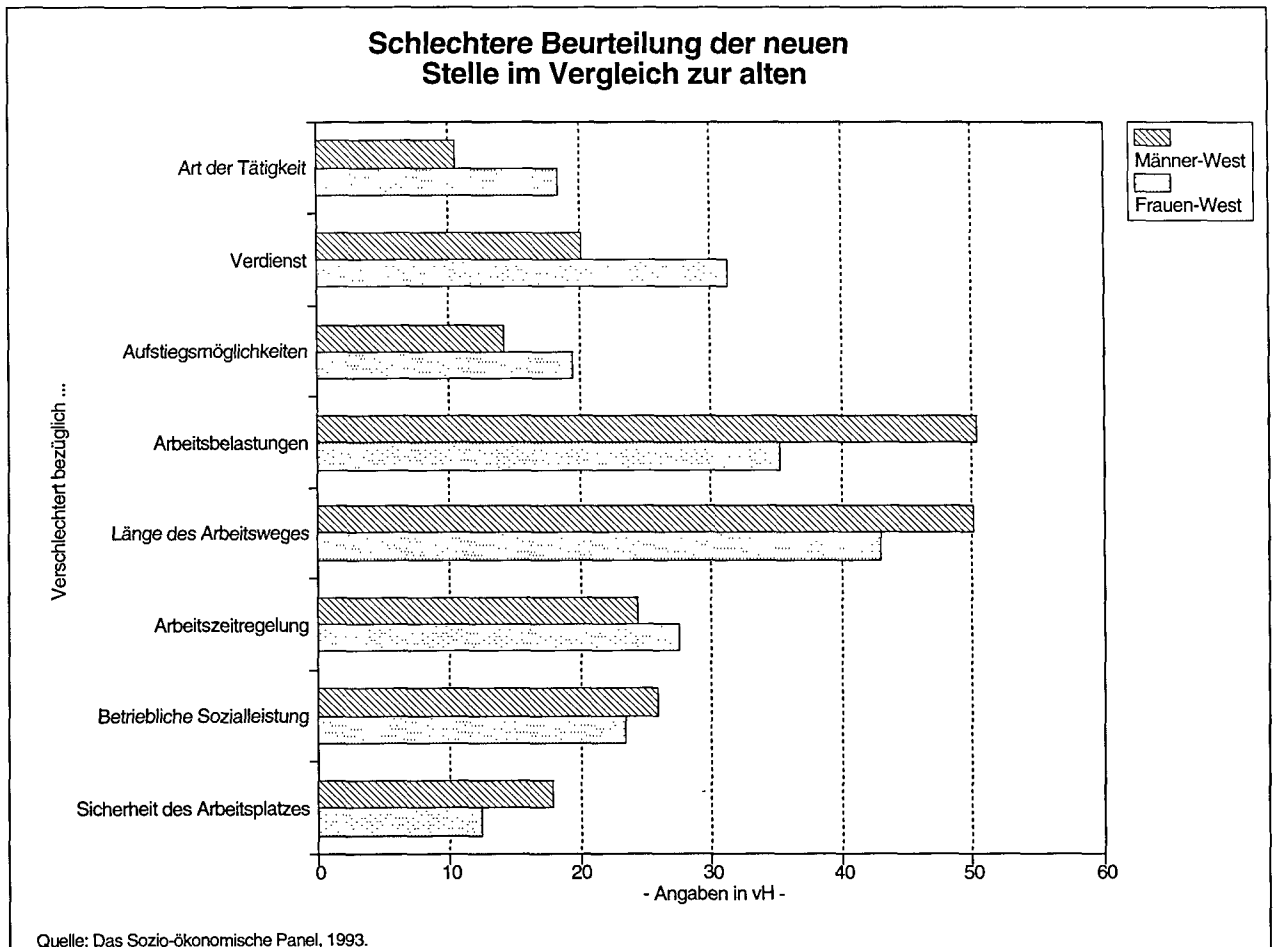


neuer Job häufiger als in Westdeutschland mit Verschlechterungen verbunden (Abbildung 4). Nur die Länge des Arbeitsweges wurde in Westdeutschland öfter als in Ostdeutschland als Verschlechterung beklagt. Daß sich der Verdienst in Ostdeutschland bei Antritt einer neuen Stelle häufiger als in Westdeutschland verbesserte, überrascht vor dem Hintergrund der angestrebten Angleichung der Löhne in Ost und West nicht. In beiden Teilen Deutschlands wurden sehr häufig steigende Arbeitsbelastungen mit der neuen Stelle verbunden. Während dies in Westdeutschland „nur“ jede dritte Frau erlebte, sah sich in Ostdeutschland jede zweite Frau mit dieser Problematik konfrontiert. (Bei den Männern lag der Anteil in beide Teilen Deutschlands mit etwa 46 vH gleich hoch.) Beim Antritt einer neuen Stelle haben sich zudem die Aufstiegsmöglichkeiten häufiger für Frauen als für Männer verschlechtert: Ein Drittel der ostdeutschen Frauen und ein gutes Fünftel der westdeutschen Frauen beurteilten ihre Aufstiegschancen in der neuen Stelle schlechter als am alten Arbeitsplatz.

3.5 Erwerbsorientierung nichterwerbstätiger Frauen

Nichtbeschäftigte Frauen möchten immer häufiger eine Erwerbsarbeit aufnehmen. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland will der überwiegende Teil nichtbeschäftigter Frauen im erwerbsfähigen Alter (16 bis 55 Jahre) erwerbstätig werden (Tabelle 6). In Ostdeutschland ist der Wunsch, eine Erwerbstätigkeit auszuüben, erwartungsgemäß weit deutlicher ausgeprägt als in den alten Bundesländern. Hier wollten 1993 rund 90 vH der nichtbeschäftigten Frauen eine Erwerbsarbeit aufnehmen; fast drei Viertel sogar sofort oder innerhalb der nächsten zwölf Monate. Damit unterscheiden sich die Erwerbswünsche nichtbeschäftigter Frauen kaum von jenen der dort lebenden nichtbeschäftigten Männer ihrer Altersgruppe (16-55 Jahre). Da jedoch wesentlich mehr Frauen als Männer in den neuen Ländern keine Beschäftigung haben, ist die hochgerechnete absolute Zahl jener Frauen, die eine Erwerbsarbeit

Abbildung 4b



aufzunehmen wünschen, mit Abstand höher (1993: 1,14 Mill.) als die der Männer (1993: 0,61 Mill.).

In Westdeutschland stieg der Erwerbswunsch der Frauen seit 1990 — ausgehend von einem niedrigeren Niveau — sogar noch stärker als in Ostdeutschland. Nicht mehr erwerbstätig wollten 1993 nur noch 38 vH der nichtbeschäftigten Frauen werden (1990: 45 vH). Arbeitslos Gewordene äußerten am häufigsten den Wunsch, möglichst schnell ins Erwerbsleben zurückzukehren. Relativ selten wurde dieser Wunsch — erwartungsgemäß — von jenen geäußert, die sich bereits vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hatten (also dauerhaft nichterwerbstätige „Nur“-Hausfrauen) (Tabelle 7). Die nicht zuletzt aufgrund der systembedingten Anreizstrukturen unterschiedlich hohe Erwerbsorientierung von Müttern wird drastisch sichtbar: etwa drei Viertel der ostdeutschen, aber nur gut ein Viertel (28 vH) der westdeutschen Frauen, die Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, wollten sofort oder innerhalb der nächsten zwölf Monate eine Erwerbstätigkeit aufnehmen.

Die Realisierungschancen für die Erwerbswünsche sind jedoch vor allem in Ostdeutschland relativ gering und zeigen geschlechtsspezifische Unterschiede auf. In Ost-

deutschland stieg der Anteil der Männer, die wieder eine Beschäftigung finden, seit 1990 (Tabelle 8); bei den Frauen haben sich dagegen die Möglichkeiten zur Rückkehr auf den Arbeitsmarkt nicht gebessert. 62 vH der nichterwerbstätigen Männer, aber nur 43 vH der Frauen mit einem 1992 geäußerten Erwerbswunsch waren ein Jahr später (1993) erwerbstätig. Auch in Westdeutschland lag der Realisierungsgrad des Erwerbswunsches bei den Männern höher als bei den Frauen, jedoch waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede geringer als in Ostdeutschland (1992/93: Frauen 45 vH, Männer 50 vH). Frauen mit Erwerbswunsch hielten sich in den alten Bundesländern weit häufiger als in Ostdeutschland in der Stillen Reserve¹³ auf (1992/93 Frauen: West 31 vH, Ost 9 vH).

¹³ Im vorliegenden Beitrag wird die Stille Reserve wie folgt definiert: Alle nichtregistrierten Arbeitslosen mit Erwerbswunsch; d.h. erwerbsbereite Personen, die weder arbeitslos gemeldet noch in Erziehungsurlaub oder in Ausbildung sind und sich auch nicht in einer Bildungsmaßnahme befinden. Nach dem IAB-Konzept berechnet sich im Unterschied hierzu die Stille Reserve aus dem „Saldo von nichtregistrierter Arbeitslosigkeit und Entmutigungseffekten einerseits und zusätzlichen Entmutigungseffekten“. Hier stellt sich das Problem, die Entmutigungseffekte zu quantifizieren. Vgl. Brinkmann et al. (1987, S. 392).

Tabelle 6

**Zukunftsperspektiven:
Gewünschte Aufnahme einer Erwerbstätigkeit Nichtbeschäftigter¹⁾**

	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	1990	1991	1992	1993	1990	1991	1992	1993
	Frauen				Frauen			
Hochgerechnet in 1 000	640	911	1 240	1 267	5 618	5 538	5 745	5 758
Von allen Nichtbeschäftigten ²⁾ wollen erwerbstätig werden (in vH)								
— sofort/innerhalb 12 Monaten	61,5	64,9	75,2	73,3	19,8	18,9	23,6	20,2
— später	24,3	23,9	16,5	16,8	34,9	37,3	35,5	42,1
— gar nicht	14,2	11,3	8,3	9,9	45,2	43,8	40,9	37,7
<i>Nachrichtlich:</i> Anteil Nichterwerbstätiger insgesamt	15,5	23,8	31,9	31,2	37,1	36,3	36,7	36,5
	Männer				Männer			
Hochgerechnet in 1 000	297	521	652	726	2 315	2 203	2 411	2 514
Von allen Nichtbeschäftigten ²⁾ wollen erwerbstätig werden (in vH)								
— sofort/innerhalb 12 Monaten	66,6	75,0	74,7	73,6	42,3	42,8	41,9	49,1
— später	23,5	17,5	18,1	17,5	41,6	39,7	37,5	30,0
— gar nicht	9,9	7,4	7,2	8,9	16,1	17,5	20,7	20,9
<i>Nachrichtlich:</i> Anteil Nichterwerbstätiger insgesamt	7,3	12,9	17,2	18,2	14,4	14,7	15,3	16,3

¹⁾ Einschließlich arbeitslos Gemeldeter und Personen im Erziehungsurlaub. — ²⁾ Im Alter von 16-55 Jahren.
Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel, Querschnittsdatensätze 1990-1993.

Tabelle 7

**Nichterwerbstätige aus der Längsschnittperspektive
Wunsch nach Aufnahme einer (erneuten) Erwerbsarbeit**

	Ostdeutschland			Westdeutschland
	Periode I im April 1991	Periode II im April 1992	Periode III im April 1993	Periode III im April 1993
Hochgerechnet in 1.000	1 318	1 614	1 603	6 953
Von allen Nichterwerbstätigen ¹⁾ der jeweiligen Periode haben den Wunsch sofort oder im nächsten Jahr eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen (in vH)				
Alle Nichterwerbstätigen	48,9	59,9	53,3	18,2
Abgang aus Erwerbstätigkeit	54,3	74,0	73,9	35,9
— in (Weiter-)Bildungsmaßnahme	36,5	40,0	44,1	17,6
— in Mütterjahr/Elternurlaub	53,3	58,2	74,1	28,3
— in Arbeitslosigkeit	77,3	85,7	87,6	75,9
— sonstige Nichterwerbstätigkeit	17,9	27,4	21,8	21,9
Nichterwerbstätig	39,4	59,0	44,6	14,5
— mit phasenweiser Erwerbstätigkeit	63,8	80,5	86,0	27,3
— in Arbeitslosigkeit	87,0	93,3	90,0	62,5
— sonstige	51,0	49,0	50,0	15,1
— konstant nichterwerbstätig	28,1	41,6	41,8	13,7
— nichterwerbstätig, aber in Bildungsmaßnahme	36,3	43,3	57,1	22,3
— dauerarbeitslos	—	78,6	79,1	58,6
— Wechsel Nichterwerbstätigkeit in Arbeitslosigkeit	63,7	82,1	51,9	63,7
— sonstige	17,9	15,8	9,2	9,2

¹⁾ Im Alter 16-59 Jahre.
Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel, (Ost) 1990-1993, (West) 1992-1993.

Tabelle 8

Realisierung von Erwerbsabsichten Nichterwerbstätiger

Nichterwerbstätige ¹⁾ mit Wunsch, sofort oder innerhalb des nächsten Jahres erwerbstätig zu werden	Erwerbsstatus in Folgeperiode — 1 Jahr danach									
	Männer					Frauen				
	Insgesamt		Status Folgeperiode			Insgesamt		Status Folgeperiode		
	in 1 000	in vH	Erwerbs- tätig	Nicht- erwerbs- tätig	darunter: weder arbeitslos noch in Bildungs- oder Erziehungs- urlaub	in 1 000	in vH	Erwerbs- tätig	Nicht- erwerbs- tätig	darunter: weder arbeitslos noch in Bildungs- oder Erziehungs- urlaub
Westdeutschland										
Nichterwerbstätige insg. 1990	976	100,0	60,1	39,9	3,3	1136	100,0	51,1	48,9	27,8
Nichterwerbstätige insg. 1991	944	100,0	50,6	49,4	9,6	1041	100,0	35,2	64,8	35,7
Nichterwerbstätige insg. 1992	955	100,0	50,0	50,0	7,9	1315	100,0	44,6	55,4	30,6
Ostdeutschland										
Nichterwerbstätige insg. 1990	195	100,0	45,8	54,2	1,8	377	100,0	51,9	48,1	8,6
Nichterwerbstätige insg. 1991	372	100,0	57,4	42,6	6,6	620	100,0	41,7	58,3	5,1
Nichterwerbstätige insg. 1992	484	100,0	61,8	38,2	8,5	938	100,0	42,9	57,1	8,9

¹⁾ Im Alter 16-59 Jahre.
Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel, 1990-1993.

Insgesamt war in beiden Teilen Deutschlands bislang der Abbau von Arbeitslosigkeit für Frauen schwieriger als für Männer. Bei längerfristigen Beschäftigungsproblemen werden auch künftig besonders für Frauen erhebliche Schwierigkeiten der (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt zu erwarten sein. Eine Entmutigung im Sinne eines massiven freiwilligen Rückzugs vom Arbeitsmarkt, der sich auch in der Statistik niederschlagen würde, hat bislang bei den Frauen nicht stattgefunden. Insbesondere bei einer Verbesserung der konjunkturellen Situation und einer Ausweitung der Nachfrage nach Arbeitskräften wird noch mit einer Ausweitung des Erwerbsangebotes von Frauen zu rechnen sein.

4. Arbeitszeitpolitik

4.1 Arbeitszeitpolitik zur Milderung der Beschäftigungsprobleme

Vor dem Hintergrund anhaltend hoher Arbeitslosigkeit ist die Diskussion um kürzere Arbeitszeiten wieder stärker in den Blickpunkt der Beschäftigungspolitik geraten. Anders als noch zu Beginn der 80er Jahre stehen nun nicht mehr allgemeine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich im Mittelpunkt der Diskussion, sondern die gleichzeitige Nutzung einer Vielzahl von Modellen der flexiblen Arbeitszeit-

gestaltung verbunden mit Arbeitszeitverkürzungen und verschiedentlich einem Teillohnausgleich. Solche Ansätze ermöglichen Kostenneutralität und erlauben Effizienzgewinne für die Produktion; zudem entsprechen sie offensichtlich den Bedürfnissen und Anforderungen von Individuen und Betrieben. Es besteht allgemein Einigkeit darüber, daß unter diesen Bedingungen durch Arbeitszeitverkürzung ein beschäftigungswirksamer Beitrag geleistet werden kann¹⁴.

4.2 Potential für Arbeitszeitverkürzung — ohne Lohnausgleich

Im SOEP wurde seit Mitte der 80er Jahre in Westdeutschland und erstmals 1993 in Ostdeutschland nach der Wunscharbeitszeit der Beschäftigten gefragt, wobei in der Frage bereits die Konsequenzen für das Monatsein-

¹⁴ Zu Beginn des Jahres 1995 steht sogar die 4-Tage-Woche im Mittelpunkt der Gespräche von Bundesregierung und Tarifparteien. „Die Grundfrage, ob Arbeitszeitverkürzung ein Instrument zur Eindämmung von Arbeitslosigkeit ist, hat die Praxis bejaht. Als ceterum censeo gilt freilich, daß Arbeitszeitverkürzung dann beschäftigungspolitisch kontraproduktiv wirkt, wenn Lohn- und Kapitalnutzungskosten pro Stück insgesamt steigen“. Vgl. Buttler, Teriet (1994, S. 173).

Tabelle 9

Vollzeitbeschäftigte¹⁾ mit Präferenz für Arbeitszeitverkürzung bzw. -verlängerung
hochgerechnet in 1 000

	Westdeutschland									Ostdeutschland
	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1993
Arbeitszeitverkürzungswünsche ²⁾ Vollzeitbeschäftigter										
— Männer	1 122	1 411	798	991	1 092	897	1 040	1 127	1 084	183
— Frauen	1 867	1 840	1 433	1 579	1 964	1 660	1 746	1 899	1 792	591
Insgesamt	2 990	3 251	2 231	2 570	3 055	2 557	2 786	3 026	2 876	774
Arbeitszeiterhöhungswünsche ³⁾ Vollzeitbeschäftigter										
— Männer	1 605	1 590	1 758	1 621	1 623	1 174	1 634	1 892	1 639	597
— Frauen	147	162	286	251	154	152	257	284	157	142
Insgesamt	1 752	1 752	2 043	1 872	1 777	1 326	1 891	2 176	1 797	739
Saldo	1 237	1 498	188	698	1 278	1 231	895	850	1 079	35

1) Abhängig Beschäftigte ohne Auszubildende. — 2) 1 bis 30 Std./Woche. — 3) 45 u.mehr Std./Woche.
Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel, Querschnittdatensätze 1985-1993 (Westdeutschland) und 1993 Ostdeutschland.

kommen enthalten sind: „Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde, wieviele Stunden in der Woche würden Sie dann am liebsten arbeiten?“

Insgesamt ergab sich für 1993 ein Potential von knapp 2,9 Millionen Vollzeit-Beschäftigten in Westdeutschland und knapp 0,8 Millionen Vollzeit-Beschäftigten in Ostdeutschland, die gerne massiv ihre Arbeitszeit verkürzen würden und 30 Stunden oder weniger in der Woche erwerbstätig sein möchten¹⁵. Unter den gegenwärtigen Umständen wäre dies Teilzeitarbeit oder, anders ausgedrückt, individuelle Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich (Tabelle 9).

Es überrascht nicht, daß mehr Frauen als Männer ihre Arbeitszeit massiv verkürzen möchten. Ihr Anteil an allen in Vollzeit beschäftigten Frauen lag 1993 mit 29 vH in Westdeutschland und 26 vH in Ostdeutschland weit über dem Anteil der Vergleichsgruppe der Männer (Westdeutschland 8 vH, Ostdeutschland 6 vH). Diese relativen Zahlen spiegeln jedoch nur bedingt das reale Gewicht wider, daß die Männer unter den Vollzeit-Beschäftigten mit Präferenz für massive Arbeitszeitverkürzung (bzw. Teilzeitarbeit) einnehmen: 38 vH aller Vollzeit-Beschäftigten, die sich in Westdeutschland für eine Arbeitszeit von 30 Wochenstunden und weniger aussprechen, sind Männer (Ostdeutschland 24 vH).

Diese Anteile sind im Zeitverlauf nicht stabil; Arbeitszeitwünsche unterliegen durchaus äußeren Einflüssen. Klammert man diese Schwankungen einmal aus, so zeigt sich, daß sich in Westdeutschland das Potential unter Vollzeit-

Beschäftigten mit Wunsch nach einer merklichen Arbeitszeitverkürzung (von Vollzeit auf bis zu 30 Wochenstunden) mit rund 30 vH bei den Frauen und etwa 8 vH bei den Männern seit Mitte der 80er Jahre kaum verändert hat.

Von allen Vollzeit-Beschäftigten, die eine Bereitschaft zeigten, ihre Arbeitszeit zu verkürzen, wollten etwa 60 vH der Männer und knapp die Hälfte der Frauen zwischen 36 und 40 Wochenstunden erwerbstätig sein (vgl. Tabelle 10). Im Jahre 1993 gaben 16 vH der westdeutschen Männer (Ost: 11 vH) und 18 vH der westdeutschen Frauen (Ost: 15 vH) an, einer Erwerbsarbeit zwischen 31 und 35 Stunden wöchentlich nachgehen zu wollen. Auf 20 bis 30 Wochenstunden wollten immerhin noch 7 vH der Männer (Ost: 4 vH) und 26 vH der Frauen (Ost: 23 vH) ihre Arbeitszeit reduzieren. Bis auf maximal 19 Stunden wollten kaum noch bislang Vollzeit beschäftigte Frauen und Männer ihre Arbeitszeit verkürzen.

Das reale Potential für Arbeitszeitkürzungen können die dargestellten Zahlen natürlich nur bedingt angeben. Sie stellen sicherlich eher eine Untergrenze dar. Wie hoch das Potential bei einem (teilweisen) Lohnausgleich wäre, kann mit diesem Beitrag nicht beantwortet werden. Im SOEP konnte aufgrund einer beschränkten Befragungszeit weder ermittelt werden, wie hoch die Bereitschaft ist, weniger zu arbeiten, wenn dafür im Betrieb niemand entlassen wird oder Neueinstellungen realisiert werden, noch, wie die Arbeitszeitpräferenzen aussähen, wenn der Ehepart-

¹⁵ Vgl. zu weiteren Analysen von Arbeitszeitpräferenzen Holst, Schupp (1994b).

Tabelle 10

Gewünschte Wochenarbeitszeit Vollzeit-Beschäftigter¹⁾

Umfang der gewünschten Arbeitszeit (in Prozent)	Westdeutschland									Ostdeutschland
	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1993
	Männer									
Hochgerechnet in 1 000	12 592	1 261	1 304	1 317	1 335	1 298	1 334	1 311	1 314	3 047
	in vH									
1-19 Stunden/Woche	2,0	2,0	0,5	0,6	0,7	0,8	0,6	1,0	0,7	2,2
20-30 Stunden/Woche	6,6	9,0	5,4	6,8	7,1	6,0	7,1	7,4	7,3	3,7
31-35 Stunden/Woche	12,7	15,2	17,1	17,1	16,8	20,9	19,1	18,1	16,0	10,7
36-40 Stunden/Woche	62,9	59,7	60,4	61,7	59,2	61,8	59,9	57,1	60,9	62,6
41 Stunden/Woche und mehr	12,3	12,4	13,0	12,1	11,6	8,9	12,1	14,1	12,1	19,3
k.A./Weiß nicht	3,5	1,7	3,6	1,7	4,6	1,6	1,2	2,3	3,0	1,5
1-30 Stunden (k.A.-bereinigt)	8,9	11,2	6,1	7,5	8,2	6,9	7,8	8,6	8,2	6,0
41 u.m. (k.A.-bereinigt)	12,7	12,6	13,5	12,3	12,2	9,0	12,2	14,4	12,5	19,6
	Frauen									
Hochgerechnet in 1 000	5 258	5 298	5 499	5 562	6 000	5 910	6 016	6 112	6 099	2 213
	in vH									
1-19 Stunden/Woche	3,8	2,5	1,7	1,0	1,7	1,4	1,6	3,0	2,5	3,5
20-30 Stunden/Woche	30,4	31,6	23,4	26,7	29,0	27,0	26,9	27,1	26,0	22,8
31-35 Stunden/Woche	14,5	15,0	22,0	18,6	14,3	21,0	18,8	17,2	18,0	14,5
36-40 Stunden/Woche	44,9	46,1	44,2	46,9	46,4	46,9	46,7	45,1	48,0	51,3
41 Stunden/Woche und mehr	2,7	3,0	5,0	4,4	2,4	2,6	4,2	4,5	2,5	6,3
k.A./Weiß nicht	3,7	1,8	3,7	2,4	6,2	1,1	1,8	3,1	3,0	1,6
1-30 Stunden (k.A.-bereinigt)	35,5	34,7	26,1	28,4	32,7	28,1	29,0	31,1	29,4	26,7
41 u.m. (k.A.-bereinigt)	2,8	3,1	5,2	4,5	2,6	2,6	4,3	4,6	2,6	6,4

¹⁾ Abhängig Beschäftigte ohne Auszubildende.
Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel, Querschnittdatensätze 1985-1993 (Westdeutschland) und 1993 Ostdeutschland.

ner sein Arbeitszeitangebot verändern würde¹⁶. Auch ist zu berücksichtigen, daß insbesondere in qualifizierten Tätigkeitsbereichen die Höhe des monatlichen Verdienstes nicht die einzige Determinante für eine Einschränkung der Arbeitszeit darstellt. Hier spielen längerfristige Folgen einer solchen Entscheidung — wie Karriere, berufliche Entwicklungschancen und langfristige soziale Sicherung — eine ebenfalls wichtige Rolle¹⁷.

4.3 Teilzeitarbeit

Derzeit besteht vor allem bei den Frauen der Wunsch nach Teilzeitarbeit, insbesondere um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Was gegenwärtig daher gefordert wird, ist ein ausreichendes Angebot an sozial gesicherten, qualifizierten und hochqualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen. Teilzeitarbeit ist vor allem als Beschäftigungsform für die „Wechselfälle des Lebens“¹⁸ geeignet. Diese Option soll nun zunehmend auch den Männern eröffnet werden.

Im Frühjahr 1994 wurden von der Bundesregierung mit einer „Teilzeitoffensive“ verschiedene Maßnahmen zur Förderung der Teilzeit durchgeführt bzw. diskutiert. Hierzu gehört z.B. die Förderung von Teilzeitarbeit bei den Bun-

desressorts, wonach u.a. ein ausreichendes Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen auch bei Stellen mit Vorgesetzten- und Leitungsaufgaben zur Verfügung zu stellen ist. Zudem darf Teilzeitbeschäftigung nach den neuen Bestimmungen das berufliche Fortkommen nicht beeinträchtigen¹⁹ (Anträgen auf Verkürzung der Arbeitszeit ist allerdings nur bei dem Vorhandensein von Familienpflichten zu entsprechen). Diese Bestimmungen zur Förderung von Teilzeit bei den Bundesressorts beziehen sich allerdings ausschließlich auf die dort Beschäftigten.

¹⁶ In einer Untersuchung der Europäischen Kommission von 1991 wird von 17 Prozent aller Vollzeit-Arbeitnehmer in Deutschland gesprochen, die gerne auf eine Teilzeit-Stelle wechseln würden. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) nennt hier 14 vH. Das Kölner Institut zur Erforschung sozialer Chancen (ISO) hat für das Jahr 1993 ermittelt, daß 9 vH aller Vollzeitbeschäftigten auf Teilzeit wechseln möchten. Vgl. Bauer et al. (1994, S. 92).

¹⁷ Vgl. Schupp (1994a).

¹⁸ Vgl. Sichter mann (1987).

¹⁹ Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 12/6868 vom 23.2.1994.

Der Bundeskanzler erklärte die Förderung der Teilzeitarbeit zur „Chefsache“ und mahnte die Ausweitung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen an. Der Vorschlag des Bundesarbeitsministers vom März 1994, im Rahmen des Beschäftigungsförderungsgesetzes mit einer finanziellen Hilfe von etwa 3 000 DM je neu geschaffenen Teilzeitarbeitsplatz Anreize für die Arbeitgeber zur Einrichtung derartiger Arbeitsplätze zu schaffen, erwies sich aber als unzureichend und wurde nicht zuletzt aufgrund der erheblichen Gefahr von Mitnahmeeffekten abgelehnt. Die „Offensive zur Förderung der Teilzeitarbeit“²⁰ konzentrierte sich denn auch auf eine breit angelegte Aufklärungsaktion für Teilzeitarbeit sowohl in der Privatwirtschaft als auch verstärkt in der Bundesverwaltung.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit wies ausdrücklich darauf hin, daß mit Vorurteilen gegenüber der Teilzeitarbeit, „wie etwa jene, ein Teilzeit arbeitender Mann könne kaum ein ganzer Mann sein oder bestimmte Arbeitsplätze seien auf keinen Fall teilbar“, die Herausforderungen der Zukunft nicht bewältigt werden könnten²¹. Diese Erkenntnis stößt allerdings in ihrer Umsetzung auf Grenzen, wenn soziale Sicherungssysteme an der Vollzeiterwerbstätigkeit orientiert sind. Entscheidend für den Wechsel von Vollzeitarbeit auf Teilzeitarbeit ist neben finanziellen Restriktionen daher die gesellschaftliche Anerkennung dieser Beschäftigungsform. Der Wechsel von Vollzeit- auf Teilzeitarbeit geht derzeit mit einem Verlust von Karriereoptionen, Macht und Sicherheit einher²². Soll die Attraktivität von Teilzeitarbeit gesteigert werden, ist ein grundsätzliches Umdenken und eine Umstrukturierung zahlreicher bislang noch bestehender auf Vollzeiterwerbstätigkeit ausgerichteter „Institutionen“ notwendig²³. Dazu gehört beispielsweise die Ausweitung des sozialen Sicherungssystems²⁴ auf die „neuen“ reduzierten Beschäftigungsformen, die „Normalität“ der Organisation vielfältiger Beschäftigungsformen in den Betrieben sowie die Klärung hieraus erwachsender Notwendigkeiten mit dem Tarifpartner (z.B. wie bei einem freiwilligen Verzicht auf eine Vollerwerbstätigkeit Optionen bzw. Garantien für ein spätere Rückkehr gewahrt werden können).

Die Akzeptanz von Teilzeitarbeit bei Männern wäre darüber hinaus zu steigern, wenn Männer in Leitungsfunktionen eine Vorbild- und Vorreiterrolle übernähmen, also selbst ihre Arbeitszeit — ggf. für eine bestimmte Zeit — verkürzen und diese Beschäftigungsform auch bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Teilzeitarbeit fördern würden. Auch die Frage, ob die aktive Förderung von Teilzeitarbeit und geeigneten Teilzeitsystemen in Betrieben zur Leistungsbeurteilung von Vorgesetzten zählen, zielt in eine solche Richtung.

4.4 Wunsch nach Mehrarbeit Vollzeit-Erwerbstätiger

Eine Analyse der Arbeitszeitpräferenzen muß aber auch das Potential derer einbeziehen, die ihre Arbeitszeit gerne

ausweiten möchten (Tabelle 9). Insgesamt liegt der Umfang bei den Vollzeit-Beschäftigten, die wöchentlich länger arbeiten möchten, mit etwa 2,5 Millionen (Ost- und Westdeutschland) deutlich unter der Zahl jener, die angaben, merkliche Arbeitszeitverkürzungen oder Teilzeitarbeit in Anspruch nehmen zu wollen (3,7 Millionen Vollzeit-Beschäftigte).

In Westdeutschland wollten 1993 knapp 13 vH der Vollzeitbeschäftigten Männer und 3 vH der Vollzeitbeschäftigten Frauen mehr als 40 Stunden arbeiten (Tabelle 10). In Ostdeutschland waren dies sogar 20 vH bzw. 6 vH. Der Wunsch nach Mehrarbeit bei den Vollzeit-Beschäftigten blieb vor allem auf die Männer konzentriert. In Westdeutschland waren beispielsweise 91 vH derjenigen, deren Wunscharbeitszeit über 40 Stunden lag, männlichen Geschlechts (Ostdeutschland 81 vH).

Längere Arbeitszeiten — wie sie noch vor nicht allzu langer Zeit gefordert wurden — kämen demnach vor allem den Männern entgegen. Die stärkere Einbindung des Mannes in die Erwerbsarbeit würde die traditionelle Rollenverteilung zwischen Frau und Mann noch verfestigen und die Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern verhindern. Gerade diese Umverteilung ist jedoch notwendig, um gleiche Beschäftigungschancen für Frauen und Männer zu erreichen²⁵.

5. Ausblick: Lösung der Beschäftigungsprobleme erfordert Umdenken in der Gesellschaft und Umbau der Institutionen

Es kann davon ausgegangen werden, daß weder in West- noch in Ostdeutschland Frauen sich künftig freiwillig vom Arbeitsmarkt zurückziehen und ihre Suchaktivitäten vollständig einstellen werden²⁶. Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) nennt zusammenfassend folgende Gründe einer weiterhin steigenden Erwerbsneigung der Frauen²⁷:

- den Trend zur persönlichen Selbstbestimmung und materiellen Unabhängigkeit;
- das gestiegene Ausbildungsniveau und den Wunsch, den erlernten Beruf auch auszuüben;

²⁰ So der Titel eines Berichts der Bundesregierung vom 8.6.1994.

²¹ Jagoda, Bernhard (1994): „Mit den Denkschablonen von gestern sind die Probleme von heute nicht zu lösen“. In: Handelsblatt vom 30.3.1994.

²² Vgl. hierzu auch Schupp (1994b).

²³ Vgl. hierzu auch die Überlegungen von Daheim (1994).

²⁴ In diese Richtung gehen auch die Regelungen des Beschäftigungsgesetzes 1994, wonach für Arbeitnehmer bei einem Wechsel von Voll- zu Teilzeitbeschäftigung für drei Jahre ein Bestandschutz im Rahmen der Arbeitslosenversicherung besteht.

²⁵ Vgl. Holst, Schupp (1995).

²⁶ Vgl. auch Holst (1991).

²⁷ Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.) (1994, S. 61).

Tabelle 11

**Verteilung der abhängig Erwerbstätigen¹⁾ nach ihrer Stellung im Betrieb
in vH**

Stellung im Betrieb	Bundesgebiet Ost		Bundesgebiet West	
	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich
Direktor, Amts-, Betriebsleiter	0,9	2,2	0,6	2,4
Abteilungsleiter, Prokurist	1,9	3,7	0,9	3,5
Sachgebietsleiter/Referent, Handlungsbevollmächtigter	2,9	3,1	1,1	3,2
Herausgehobene, qualifizierte Fachkraft, Meister	14,0	13,6	8,7	13,7
Sachbearbeiter, Vorarbeiter	15,1	5,9	16,9	12,8
Verkäufer, Facharbeiter	40,0	49,6	28,8	32,6
Bürokraft, angelernter Arbeiter	21,9	16,1	37,6	24,3

¹⁾ Ergebnisse des Mikrozensus 1991.
Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Dez. 1992, S. 21.

- den Rückgang der Geburtenhäufigkeit sowie den Anstieg der Scheidungsquote;
- das wachsende Angebot an Arbeitsplätzen mit reduzierter bzw. flexibler Arbeitszeit sowie
- die Notwendigkeit, das Haushaltseinkommen zu sichern und zu erhöhen.

In einer Projektion der Beschäftigung für das Jahr 2010 vom IAB und Prognos wurde deutlich, daß dem Erwerbsangebot auch künftig nur eine unzureichende Nachfrage gegenübersteht²⁸.

Zwar ist eine Ausweitung des überwiegend Frauen beschäftigenden Dienstleistungssektors zu erwarten, doch reicht dieser nicht aus, um einen Ausgleich zwischen Erwerbsangebot und -nachfrage zu erreichen. Fraglich ist zudem, ob dieser Zuwachs an Arbeitsplätzen auch qualitativ den Frauen zugute kommen würde. So wird im wesentlichen der Anstieg bei den Sekundären Dienstleistungen, wie Beraten, Lehren, Management, Forschen, Entwickeln etc., die bislang vor allem von Männern ausgeübt werden, erwartet. Der Anteil der Primären Dienstleistungen, die verstärkt Frauen ausüben, wird nach der IAB/Prognos-Projektion abnehmen. Hinzu kommt, daß Frauen zu rund einem Fünftel in Produktionsberufen mit ungelernten und angelernten Tätigkeiten arbeiten. Der Anteil dieser Arbeitsplätze wird bis zum Jahre 2010 aber ebenfalls abnehmen.

Es findet aber nicht nur ein Wandel der Wirtschaftszweig- und Tätigkeitsstrukturen statt, auch die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten wird sich in den nächsten Jahren ändern. Prognos vermutet für die Zukunft einen Mangel gerade bei jenen qualifizierten Fachkräften, die für die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unverzichtbar sind. Zudem würden höher qualifizierte Tätigkeiten (wie Führungsaufgaben, Betreuung, Beratung etc.) zunehmen, dagegen Tätigkeiten, die eine geringere

Qualifikation erfordern, abnehmen. Gerade in Westdeutschland üben Frauen jedoch derartige Tätigkeiten in großem Umfang aus.

Bei anhaltenden Arbeitsmarktproblemen wäre ein immer stärkeres Auseinanderklaffen von Wunsch und Wirklichkeit im Erwerbsbereich und damit einhergehend ein zunehmender Wohlfahrtsverlust die Folge. Um den Anschluß nicht zu verlieren, müssen Frauen daher verstärkt am Erwerbsleben teilnehmen und — um auch Führungsaufgaben übernehmen zu können — ihre Grundqualifikationen verbessern wie auch Weiterbildungsangebote in größerem Umfang wahrnehmen. Im Zuge des Transformationsprozesses wurden allerdings trotz hoher und dauerhafter Erwerbsbeteiligung die im SOEP befragten ostdeutschen Frauen innerhalb kürzester Zeit (von Juni 1990 bis Frühjahr 1991) weitestgehend aus ihren Führungspositionen verdrängt²⁹. Die Ergebnisse des Mikrozensus 1991 (Tabelle 11) zeigen das niedrige Ausgangsniveau der Frauen in gehobenen Führungsfunktionen: Der Anteil lag in Westdeutschland bei 3 vH und in Ostdeutschland bei 6 vH, gegenüber jeweils 9 vH bei den Männern. (Insgesamt waren die Frauen in Ostdeutschland 1991 etwas häufiger in Führungspositionen vertreten als Frauen in Westdeutschland). Entscheidungen über die Einstellung von Männern und/oder Frauen werden also nach wie vor vorwiegend von Männern getroffen.

Die Domäne der Männer in Führungspositionen ist aber sicherlich nicht ohne die Frauen denkbar, die die unbezahlten Pflichten in der Familie übernehmen und ihre eigenen Erwerbschancen damit hintanstellen, um „ihren“ Männern

²⁸ Die nachfolgenden Informationen zu den IAB/Prognos-Projektionen sind dem Arbeitsmarktreport für Frauen 1994 entnommen. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.) (1994, S. 61 ff).

²⁹ Vgl. hierzu auch Holst, Schupp (1991).

größtmögliche Flexibilität in der Erwerbsarbeit und eine Karriere zu ermöglichen. Solen Frauen bessere Chancen für einen Aufstieg in qualifizierte Tätigkeiten und Führungspositionen erhalten, ist ihre Entlastung bei den familiären Pflichten eine wichtige Voraussetzung. Hier ist noch ein erheblicher Handlungsbedarf, zu dem auch die solidarische Umverteilung von unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern zählt³⁰.

Wie groß sind aber die Chancen der Realisierung von mehr Solidarität in einem System, in dem Erwerbsarbeit, Einkommen und Vermögen der wesentlichen — da auch institutionell abgestützten — Erfolgskriterien darstellen, an die gesellschaftliche Anerkennung, Teilhabe und Sicherheit gebunden sind? Letztlich werden damit auch im Wohlfahrtsstaat der Moderne Fragen wieder aktuell, „die nicht erst Karl Marx aufgeworfen hat, die schon Aristoteles, Augustinus, Thomas von Aquin gestellt haben: Wie sind Gerechtigkeit und Solidarität in einem Gemeinwesen möglich, und was wird aus einem Staat, wenn sie keinen Platz haben?“³¹. Auch der ehemalige Vorsitzende des Sachverständigenrates Olaf Sievert stellt fest: „Das Marktsystem ... kommt mit Menschen aus, die Egoisten sind, das Gemeinwesen nicht. Aber ohne funktionsfähiges Gemeinwesen kann auch das Marktsystem nicht bestehen“³².

Lange geriet aus dem Fokus der erwerbsorientierten Industriegesellschaft, daß Frauen das Gemeinwesen mit ihrem erheblichen Verzicht auf gesellschaftlichen Einfluß, Macht und Anerkennung zugunsten gesellschaftlich wichtiger, aber unbezahlter und im Vergleich zur Erwerbsarbeit weniger anerkannter Arbeit gestützt haben. Dieser Status quo wird bei steigenden Scheidungszahlen und abnehmenden traditionellen Familienformen (Europäische Kommission 1994, S. 156) für die Frauen immer weniger attraktiv. Zudem gehört Erwerbsarbeit immer mehr zum Alltag von Frauen, auf ihr Erwerbseinkommen kann der Haushalt häufig nicht mehr verzichten. Wer an dieser Stelle dennoch „die 'gute alte Solidarität' wiederherstellen will, muß das Rad der Modernisierung zurückdrehen, das heißt: nicht nur versteckt — z.B. durch Mutterschaftsgeld oder Imagepflege der Hausarbeit — die Frauen aus dem Arbeitsmarkt verdrängen, sondern offen; und zwar nicht allein aus dem Arbeitsmarkt, auch aus der Bildung. Das Lohngefälle wäre zu verschärfen, letztlich wäre auch die gesetzliche Gleichstellung rückgängig zu machen. Es wäre zu prüfen, ob das Unheil nicht schon beim allgemeinen Wahlrecht angefangen hat“³³.

Vermutlich kann eine weitgehende Einigung darüber erzielt werden, daß das Rad der Modernisierung nicht mehr zurückgedreht werden kann und sollte. Damit muß aber auch eingestanden werden, daß die gesellschaftlich notwendige Arbeit neu aufzuteilen ist und Männer nichtbezahlte Arbeit stärker übernehmen.

Vor diesem Hintergrund gerät die Beschäftigung mit dem Thema Frauenerwerbstätigkeit in ein anderes Licht. So könnten die am Gemeinwesen orientierten, auf die Vereinbarung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ausgerichteten Beschäftigungsformen der Frauen durchaus als Zukunftsmodell für eine solidarische Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben dienen. Eine Voraussetzung für den Verzicht auf Erwerbsarbeitszeit (gesellschaftliche Anerkennung und Einkommen) wäre allerdings, daß hierdurch nicht wie bislang gerade jene benachteiligt werden, die ihre Erwerbsarbeit zugunsten nichtbezahlter gesellschaftlicher Arbeit reduzieren³⁴. Eine umfangreiche Verkürzung der Erwerbsarbeit für den Großteil der Beschäftigten würde die Voraussetzungen für ein hohes Maß an Flexibilität und Solidarität in besonderen Lebenslagen schaffen. Die ökonomische Effizienz kann dabei durch eine flexiblere Gestaltung von Arbeitszeit und Betriebszeiten gesichert bleiben.

Eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit wäre zwar eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für mehr Solidarität zwischen den Geschlechtern. Generelle, flexibel gehandhabte Arbeitszeitverkürzungen führen sicherlich — solange Wert und Erfolg des Menschen vor allem durch die gelungene Erwerbskarriere bestimmt wird — nicht automatisch in eine bessere, am Gemeinwesen orientierte Welt. Nicht nur der Arbeitsbegriff muß deshalb neu gefüllt werden, es sind auch Anreizsysteme für gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten zu schaffen³⁵. Eine ganz wesentliche Voraussetzung hierfür ist deshalb das Aufbrechen des sogenannten Normalarbeits-Verhältnisses, also die Ablösung von der starren Orientierung an einer lebenslang ununterbrochenen Vollzeit-Erwerbsarbeit als Bedingung für ein erfolgreiches (Erwerbs-)Leben. Dieses starre Konzept verschärft das Problem der Verteilung der Erwerbsarbeit, es steht zunehmend im Widerspruch zu gesellschaftlichen Notwendigkeiten, im Widerspruch zum Wertewandel und den Beschäftigungsproblemen in modernen Gesellschaften.

³⁰ Im Weißbuch der Europäischen Kommission liegt der erforderlichen Erneuerung eines europäischen Gesellschaftsmodells eine weniger passive und stärker aktive Solidarität zugrunde. Ausdrücklich wird die Solidarität der Geschlechter genannt. Vgl. Europäische Kommission (1994, S. 17).

³¹ Dettling (1994, S. 366).

³² Prof. Dr. Olaf Sievert, Präsident der Landeszentralbank im Freistaat Sachsen und in Thüringen, anlässlich der Konferenz „Ethik und Markt“ der Bertelsmann-Stiftung in Gütersloh am 22./23. Februar 1994.

³³ Beck (1994, S. 32).

³⁴ Hier wäre an die seit einigen Jahren geforderte „Aufwertung“ der Ressource Zeit gegenüber Geld konzeptionell anzuknüpfen. Vgl. Offe, Heinze (1990).

³⁵ Vgl. z.B. Offe, Claus (1994): Prämien für Aussteiger. In: Die Zeit Nr. 11, S. 28.

Literaturverzeichnis

- Autorengemeinschaft* (1993): Der Arbeitsmarkt 1993 und 1994 in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 26(4), S. 445-466.
- Bauer, Frank; Hermann Groß, und Gabi Schilling* (1994): Arbeitszeit '93. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Beck, Ulrich* (1994): Vom Verschwinden der Solidarität, Individualisierung der Gesellschaft heißt Verschärfung sozialer Ungleichheit, in: Dettling, Warnfried (Hrsg.) Perspektiven für Deutschland, München: Knauer, S. 29-38.
- Benninghaus, Hans* 1991: Einführung in die sozialwissenschaftliche Datenanalyse, 2. Aufl., München: Oldenbourg.
- Bispinck, Reinhard und WSI-Tarifarchiv* (1994): Tarifbewegungen im 1. Halbjahr 1994 in West- und Ostdeutschland, in: WSI-Mitteilungen, 47(8) S. 469-480.
- Brinkmann, Christian, Christian Klauder, Lutz Reyher, Manfred Thon* (1987): Methodische und inhaltliche Aspekte der Stillen Reserve, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 20(4), S. 387-409.
- Bundesanstalt für Arbeit* (Hg.) (1994): Berufliche Bildung und Beschäftigung von Frauen. Situation und Tendenzen. Arbeitsmarktreport für Frauen, Nürnberg.
- Buttler, Friedrich, Bernhard Teriet* (1994): Ein Instrument zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit, in: Wirtschaftsdienst, 74(4), S. 165-173.
- Daheim, Hans-Jürgen* (1994): Arbeitszeitverkürzung als Institutionenumbau, in: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), Arbeitszeitpolitik '94, Düsseldorf, S. 23-29.
- Dettling, Warnfried* (1994): Jenseits vom Sozialismus, Kapitalismus und Nihilismus. Wieviel Moral braucht eine Gesellschaft — und woher soll sie kommen?. in: Dettling, Warnfried (Hrsg.): Perspektiven für Deutschland, München: Knauer, S. 363-388.
- Europäische Kommission* (1994): Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung — Weißbuch, Luxemburg.
- Holst, Elke* (1991): Frauenpolitische Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in Ost- und Westdeutschland. in: DIW-Wochenbericht 30/91, S. 421-426.
- Holst, Elke* (1993): Ausgewählte Befunde zur Lebenslage in den neuen Bundesländern auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels, in: Hanesch, Walter (Hrsg.), Lebenslageforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Graue Reihe der Hans-Böckler-Stiftung — Neue Folge 60, Düsseldorf: HBS, S. 53-73.
- Holst, Elke, Jürgen Schupp* (1991): Frauenerwerbstätigkeit in den neuen und alten Bundesländern — Befunde des Sozio-ökonomischen Panels. DIW-Diskussionspapier Nr. 37, Berlin.
- Holst, Elke, Jürgen Schupp* (1993): Perspektiven der Erwerbsbeteiligung von Frauen im vereinten Deutschland. DIW-Diskussionspapier Nr. 68, Berlin.
- Holst, Elke, Jürgen Schupp* (1994a): Erwerbsbeteiligung und Erwerbsorientierung von Frauen in West- und Ostdeutschland 1990 bis 1993. DIW-Diskussionspapier Nr. 90, Berlin.
- Holst, Elke, Jürgen Schupp* (1994b): Ist Teilzeitarbeit der richtige Weg? DIW-Wochenbericht, Jg. 61, Heft 35, S. 618-626.
- Holst, Elke, Jürgen Schupp* (1995): Erwerbsbeteiligung und Erwerbsorientierung von Frauen nach der Wende, in: Sozialer Fortschritt, 44(1), S. 5-9.
- Klauder, Wolfgang* (1993): Zu den demographischen und ökonomischen Auswirkungen der Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland in Vergangenheit und Zukunft, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 26(4), S. 477-494.
- Kurz-Scherf, Ingrid* (1994): Arbeit für alle?! — Plädoyer für eine andere Arbeitsgesellschaft, in: Dettling, Warnfried (Hrsg.): Perspektiven für Deutschland, München: Knauer, S. 138-174.
- Offe, Claus, Rolf G. Heinze* (1990): Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring, Frankfurt/M./New York: Campus.
- Oppenländer, Karl Heinrich* (1994): Läßt sich über wirtschaftliches Wachstum auf Dauer höhere Beschäftigung erreichen? in: Ifo-Schnelldienst, Heft 12/94, S. 3-6.
- Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel* (1995): Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) im Jahr 1994, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1.
- Schupp, Jürgen* (1994a): Teilzeitbeschäftigung im sozialen Wandel — Längsschnittdaten und handlungstheoretische Fundierung (Dissertation). Bochum: Ruhr-Universität.
- Schupp, Jürgen* (1994b): Teilzeit und Karriere? Möglichkeiten und Grenzen qualifizierter Teilzeitarbeit, in: Arbeitszeitverkürzung als Institutionenumbau, in: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), Arbeitszeitpolitik '94, Düsseldorf, S. 93-95.
- Schupp, Jürgen, Gert Wagner* (1991): Die Ost-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels, in: Projektgruppe Das Sozio-ökonomische Panel (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den neuen Bundesländern. Frankfurt/M. — New York: Campus, S. 260-279.
- Seifert, Hartmut* (Hg.) (1993): Jenseits der Normalarbeitszeit. Perspektiven für eine bedürfnisgerechtere Arbeitszeitgestaltung, Köln: Bund.
- Sichtermann, Barbara* (1987): Frauenarbeit. Über wechselnde Tätigkeiten und die Ökonomie der Emanzipation. Berlin: Wagenbach.
- Wagner, Gert; Jürgen Schupp und Ulrich Rendtel* (1994): Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) — Methoden der Datenproduktion und -aufbereitung im Längsschnitt, in: Hauser, Richard; et al. (Hg.), Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik — Band 2: Erhebungsverfahren, Analysemethoden und Mikrosimulation, Berlin: Akademie, S. 70-112.

Zusammenfassung

Zur Erwerbsorientierung von Frauen nach der deutschen Vereinigung — Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern notwendig

Der Autor und die Autorin untersuchen in diesem Artikel die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Ost- und Westdeutschland. Hierzu werden Längsschnittdaten auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels durchgeführt, um die Veränderungen zwischen 1990 und 1993 mikroanalytisch zu bestimmen. Neben der Entwicklung der Arbeitsmarktbeteiligung steht der zeitliche Verlauf der Erwerbsorientierung insbesondere Nichterwerbstätiger im Mittelpunkt der Untersuchungen. Darüber hinaus werden Möglichkeiten erörtert, mit Hilfe der Arbeitsmarktpolitik die Probleme am Arbeitsmarkt zu mildern. Mit Analysen von Arbeitszeitpräferenzen abhängig Beschäftigter werden zudem Potentiale und Grenzen einer Arbeitsumverteilung diskutiert. Der Beitrag endet mit konzeptionellen Überlegungen notwendiger gesellschaftlicher Veränderungen zur Lösung der Beschäftigungsprobleme in Deutschland.

Summary

Aspects of the Occupational Orientation of Women after German Unification and the Need of Redistribution of Paid and Unpaid Work

The authors analyse the genderspecific effects of the labour market development in East and West Germany after the unification 1990 to 1993. The longitudinal study is based on the Socio-economic Panel. Beside labour market participation especially of women this article examines the development of the labour market orientation of the labour force, including non-active population and the unemployed. Furthermore the paper discusses the possibilities of further reduction/cut in working hours and flexible working hours to reduce the employment problems. Moreover the analyses of working time preferences of the dependent employed persons provides information on the potential and limits of a redistribution of the (available) volume of work. The article finishes with conceptual thoughts about necessary societal changes to solve the employment problem in Germany.